

Jagdreform sorgt für Klagedrohung und Enttäuschung

Jäger wollen zur Not vor das Oberverwaltungsgericht ziehen / Tierschützern reichen die Einschränkungen nicht

VON MARCO HADEM

HANNOVER. Der Ärger um die Reform der Jagdzeiten ebbt nicht ab. Noch bevor die Novelle von Niedersachsens Agrarminister Christian Meyer im Oktober in Kraft tritt, gehen Jäger und Tierschützer auf die Barrikaden. Landesjägerschaft (LJN) und der Zentralverband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden (ZJEN) kündigten als Replik auf die Ankündigung des Grünen-Politikers am Dienstag sogar die Prüfung einer Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg an. Das Ministerium betonte, man sehe dem gelassen entgegen.

„Wir haben alle Möglichkeiten, die uns offenstanden, genutzt, um wissenschaftsbasiert und faktenorientiert auf die Fehlleistungen dieser neuen Verord-

nung hinzuweisen – leider sind wir mit unseren Argumenten und Vorschlägen auf taube Ohren gestoßen“, sagte LJN-Präsident Helmut Dammann-Tamke. Tamke ist zugleich Mitglied der CDU-Landtagsfraktion. „Einschränkungen der Jagd auf Tierarten, die in ihrem Bestand gänzlich ungefährdet sind und in der Kulturlandschaft hohe Schäden verursachen, können so nicht stehen bleiben“, betonte ZJEN-Präsident Hans-Heinrich Ehlen. Auch Ehlen ist Mitglied der CDU-Fraktion und war von 2003 bis 2010 niedersächsischer Agrarminister. Die Jagd sei ein „Eigentumsrecht, das verfassungsrechtlich höchsten Schutz genießt“.

Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) reagierte ablehnend: „Alle Bedenken, die wir ge-

genüber dem Entwurf vorgebracht haben, hat das Landwirtschaftsministerium vom Tisch gewischt“, sagte Referatsleiterin Marita Wudtke. Der BUND kritisierte insbesondere, dass die Novelle

keine Verbesserung für Vögel bedeute und weiterhin Arten gejagt werden dürfen, die in ihrem Bestand gefährdet seien oder kurz davor stünden.

Es sei nicht nachvollziehbar, warum die neue Regelung rechtswidrig sein solle, sagte dagegen ein Ministeriumssprecher. „Es bleibt vielmehr der Eindruck, dass die CDU-Landtagsabgeordneten ihre Verbände aus parteipolitischen Gründen gegen die Landesregierung instrumentalisieren wollen.“

Meyer kann die Kritik nicht verstehen. Für ihn ist die Verordnung ein „fairer Kompromiss“, mit dem es gelingen sei, „die Jagd ökologisch neu auszurichten und mehr an Natur- und Artenschutz zu orientieren“. Niedersachsen nehme damit die unter Schwarz-Gelb vorgenommene massive Ausweitung der

Jagdzeiten vor allem bei Gänsen in Vogelschutzgebieten zurück.

Teils seien die Jagdzeiten sogar ausgeweitet worden; für Rehwild und bestimmte Hirscharten wurde der Jagdbeginn vom 1. September auf den 1. August vorgezogen. Bei den Rehböcken wurde die Jagdzeit um drei Monate verlängert. Bei Hasen, Dachsen und Blässhühnern gebe es dagegen Verkürzungen oder Einschränkungen der Jagdzeit. Die Jagd auf Wildgänse in EU-Vogelschutzgebieten wird laut Ministerium ebenfalls erheblich beschränkt. Blässhühner und Saatgans bekämen wie von den Umweltverbänden gefordert eine ganzjährige Schonzeit. In Vogelschutzgebieten werde die Jagd auf Gänse und Enten während der Zugvogelsaison generell verkürzt.